

Antrag L 01: Gegen den Strom: Linke Politik für bezahlbares und lebenswertes Leben in Bremen & Bremerhaven – sozialen Umbau konkret machen!

| | |
|-------------------|--|
| Antragsteller/in: | Landesvorstand |
| Status: | zugelassen |
| Sachgebiet: | L - Leitantrag |
| Entscheidung: | <input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend: |

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Was gestern noch wie eine Dystopie klang, scheint heute schon Wirklichkeit.
- 2 Weltweit erleben wir den oligarchischen, neoliberalen und militaristischen Umbau
- 3 demokratischer Gesellschaften: imperiale Fantasien werden ausgelebt, Völkerrecht
- 4 und Grenzen ignoriert und Zoll- und Handelskriege vom Zaun gebrochen. Staaten
- 5 werden wie Unternehmen geführt, staatliche Investitionen werden radikal gesenkt,
- 6 die wichtigsten Aufgaben der Daseinsfürsorge werden privatisiert. Dazu kommen
- 7 Angriffe auf Kultur, Wissenschaft, Opposition, Bürger*innenrechte, die mittlerweile
- 8 dramatische Ausmaße angenommen haben. Gestandene Demokratien werden ausgehöhlt, die

- 9 vertrags- und regelbasierte Weltordnung wird ausgehebelt, und der Weg zu einem
- 10 autoritären Kapitalismus geebnet, der die Interessen der Reichen und Mächtigen mit
- 11 Repression und einer harten Interessenpolitik nach außen schützt.

- 12 Inmitten dieser geopolitischen Verwerfungen: Europa. Während die USA die
- 13 jahrzehntelange Bündniskultur in Frage stellen, zeigt die russische Führung wenig
- 14 Interesse, den Ukrainekrieg auf dem Verhandlungsweg zu beenden. Sie verfolgt
- 15 weiterhin das Ziel, ihren Einflussbereich auszudehnen, die EU zu destabilisieren
- 16 und zur dominierenden Vormacht in Europa zu werden. Dem steht eine wirtschaftlich
- 17 und demografisch überlegene, aber politisch und militärisch zersplitterte EU
- 18 gegenüber, die auf Sanktionen und Aufrüstung setzt. Es ist möglich, dass sich
- 19 daraus ein langanhaltender, hybrider, asymmetrisch geführter Konflikt entwickelt,
- 20 der weiterhin Menschenleben kostet, Ressourcen verschlingt und die Bewältigung der
- 21 globalen Menschheitsfragen unmöglich macht.

- 22 Die europäische Linke muss auf diese Herausforderungen eine Antwort finden, die
- 23 einerseits die Bedrohungen von Frieden und Demokratie ernst nimmt und andererseits
- 24 vermeidet, ihrerseits in die Logik von Konfrontation und bloßer Machtpolitik zu
- 25 fallen. Völkerrecht, Kooperation zu den globalen Fragen, Aufwertung globaler
- 26 Institutionen und der Rechte der kleineren Staaten sind dabei zentrale
- 27 Bezugspunkte. Die Bündnisse, die dazu beitragen können, entsprechen nicht mehr der
- 28 bisherigen Einteilung in Ost-West oder Nord-Süd.

- 29 Die Erschütterungen dieses geopolitischen Erdbebens sind auch in Deutschland zu
- 30 spüren. Allerdings: Die Kräfteverhältnisse sind widersprüchlich. Die Bundestagswahl

31 hat die Gewichte nach rechts verschoben. Die Hetze gegen Geflüchtete,
32 Bürgergeldempfänger*innen, queere Menschen, Klimapolitik und eine angebliche
33 „Verbotspolitik“ nimmt weiter zu. Gleichzeitig gilt: Auch die Linke ist wieder da.
34 In der gesellschaftlichen Debatte sind Themen und Forderungen wieder präsent, die
35 lange Zeit an den Rand gedrängt waren. Die Schuldenbremse wird in Frage gestellt,
36 ebenso die Auffassung, der Markt werde schon alles regeln. Vermögensteuer,
37 Besteuerung von Digitalkonzernen, Entmachtung von Monopolen und Milliarden sind
38 Tagesforderungen.

39 Wir als Linke werden in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle dabei einnehmen,
40 die Demokratie zu verteidigen, für Umverteilung zu kämpfen und wieder eine
41 fortschrittliche Deutung der gesellschaftlichen Herausforderungen durchzusetzen.
42 Die rechte Deutungshoheit brechen, die in zentralen Politikfeldern besteht –
43 Migration/Einwanderungsgesellschaft, Sicherheitspolitik, Außenpolitik/Verteidigung
44 u.a.: Das können wir als linke Partei nicht allein schaffen. Wir brauchen
45 gesellschaftliche Bündnisse, die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen, mit
46 Stimmen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Wir brauchen eine kritische und
47 fordernde Debatte gegenüber SPD und Grünen, und sogar gegenüber der CDU, wenn es
48 darum geht, die AfD von konkreter Einflussmacht fernzuhalten. Was genau die neue
49 Regierungskoalition im Bund wirklich umsetzen wird, ist in weiten Bereichen offen.
50 Es wird davon abhängen, wofür es politische Akzeptanz und gesellschaftliche
51 Mehrheiten gibt. Wir wollen uns einmischen, Bündnisse suchen, Lösungen vorschlagen,
52 Angebote machen, zeigen, dass es anders geht, andere Mehrheiten schaffen. Dafür
53 kämpfen wir.

54 **Halbzeit für Rot-Grün-Rot in Bremen: Da geht mehr!**

55 Ziemlich genau die Hälfte der Legislatur der rot-grün-roten Koalition ist vorbei,
56 die andere Hälfte liegt noch vor uns. Die Halbzeit-Umfrage von Radio Bremen kann
57 durchaus als Bestätigung gelesen werden, dass der rot-grün-roten Landesregierung
58 grundsätzlich zugetraut wird, das Richtige zu wollen und Bremen mit gutem Kompass
59 zu steuern. Vergleichsweise gute Zustimmungswerte für unsere Senatorinnen zeigen,
60 dass linke Politik positiv wahrgenommen wird. Dennoch gilt für die Außen- wie für
61 die Innensicht auf die Koalition: Damit können wir nicht zufrieden sein, da muss
62 mehr gehen. In der zweiten Legislatur fehlt es an Schwung und an neuen, attraktiven
63 Vorhaben.

64 Das hat verschiedene Hintergründe. Viele zentrale Projekte aus der ersten
65 Legislatur sind noch nicht fertig bzw. müssen erst noch umgesetzt werden: Der
66 Landesausbildungsfonds, der dauerhafte Drogenkonsumraum, der klimaneutrale Umbau
67 der Stahlwerke oder die Rekommunalisierung der Stadtreinigung und jetzt auch von
68 HanseWasser. Andere sind bereits selbstverständlich geworden: Die Tariftreue und
69 der an den TV-L gekoppelte Landesmindestlohn, die Doppelbesetzung an Grundschulen
70 mit hohen Herausforderungen, die Ausstattung der Schulen mit Sozialarbeit, die
71 Förderung von Baugenossenschaften oder Housing First. Dazu schreitet vieles
72 unaufgeregt voran: Die Eröffnung des Arisierungsmahnmals, der Gewaltschutzambulanz
73 oder weiterer Gesundheits- und Hebammenzentren in den Stadtteilen, die
74 Dezentralisierung von Drogenhilfe und Psychiatrie, die Sicherung von Räumlichkeiten

75 für die Kreativszene oder die Verstetigung der Awareness-Teams im Viertel. All das
76 würde ohne uns so nicht passieren.

77 Klar ist aber auch, dass die Koalition bei den großen „Schlusslichtpositionen“ des
78 Bundeslands (Schulleistungen, Armutsquote, Arbeitslosigkeit,
79 Frauenerwerbsbeteiligung, Mietbelastungsquote) keine realen Erfolge vorweisen kann.
80 Der Senat liefert keine realistische Einschätzung, ob mehr nicht möglich ist oder
81 was dafür nötig wäre, und benennt keine konkreten Ziele. Hinzu kommen hausgemachte
82 Probleme: Bei den „plötzlich“ fehlenden Mitteln für Arbeitsgelegenheiten oder aus
83 dem Europäischen Sozialfonds (ESF), bei den anhaltenden Steuerungsproblemen im
84 Bildungshaushalt, oder wenn die Umsetzung zentraler Projekte endlos dauert, weil
85 die ressortübergreifende Steuerung nicht klappt. Unmut und Kritik entsteht ferner
86 durch unabgestimmte Maßnahmen aus Ressorts oder Verwaltung: Von den
87 Abschiebeversuchen aus dem Kirchenasyl heraus über die Kürzung der
88 Aufstiegsfortbildungsförderung bis hin zu Razzien in Toleranzorten. Hier ist unsere
89 Verantwortung als Linke als Teil der Regierung, Missstände klar zu benennen und an
90 ihrer Behebung konstruktiv zu mitzuwirken.

91 Nach fünf Jahren, in denen als Reaktion auf wechselnde äußere Krisen immer wieder
92 die Ausnahme von der Schuldenbremse gezogen worden war, liegt eine große
93 Herausforderung in der Verstetigung temporär begonnener Maßnahmen und
94 Mittelaufstockungen. Im Unterschied zu anderen Bundesländern ist dieser Übergang in
95 Bremen ohne massive Kürzungen gelungen. Dennoch ist die Situation davon geprägt,
96 dass die politischen Handlungsspielräume aufgrund der schlechten Haushaltslage
97 eingeschränkt sind. Aber auch hier wird errungenes politisches Profil immer wieder
98 ohne Not gefährdet und in Frage gestellt: beim Stadtticket, der
99 Landesantidiskriminierungsstelle, dem Härtefallfonds gegen Energie- und
100 Wassersperren, der Clearingstelle für Papierlose, bei Landesaufnahmeprogrammen oder
101 bei der Verstetigung der Drogenhilfemittel.

102 Im Bereich Inneres, Asyl und Migration geht es in dieser Legislatur nicht vorwärts,
103 sondern rückwärts. Vorhaben wie die Landesaufnahmeprogramme Syrien und Afghanistan,
104 der im Koalitionsvertrag festgeschriebene Verzicht der Verteilung von werdenden
105 Müttern in Risikoschwangerschaften, die überfällige Einrichtung einer
106 Landesantidiskriminierungsstelle oder der Beschluss eines
107 Landesantidiskriminierungs- und Partizipationsgesetzes stocken. Immer stärkere
108 Repression, die Schaffung zentraler Abschiebebehörden, die Einführung der
109 Bezahlkarte, Vertreibung von Suchtkranken vom Hauptbahnhof, Ausweitung der
110 Überwachung werden uns hingegen abverlangt. Hier ist ein Missverhältnis entstanden,
111 das es aufzulösen gilt. Auch die positiven Vorhaben im Sinne von
112 rassismusbetroffenen, geflüchteten Menschen und einer inklusiven Gesellschaft
113 müssen vorangehen und umgesetzt werden.

114 Hinzu kommen auseinanderfallende Blickrichtungen. Für die Koalitionsfraktionen
115 stehen Fragen des sozialen Zusammenhalts im Vordergrund und Maßnahmen, die nah am
116 jeweiligen „Markenkern“ liegen, sei es soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz oder
117 Sicherheit/funktionierender Staat. Senat und Ressorts sind dagegen vor allem mit
118 Langfrist-Projekten beschäftigt, die sich auf die Sicherung von Beschäftigung,

119 Standort und öffentlichen Unternehmen beziehen bzw. darauf, mit welcher Resilienz
120 das Bundesland die immer stärkeren äußeren Veränderungen überstehen kann. Beides
121 muss wieder stärker zusammengeführt werden.

122 Knappe Kassen erfordern Sorgfalt, Kreativität, gute Kommunikation und einen starken
123 sozialen Kompass, damit Kürzungen dort ansetzen, wo sie noch getragen werden
124 können. Als Linke versuchen wir, diesem Anspruch gerecht zu werden, z.B. durch den
125 engen Austausch unserer Bürgerschaftsfraktion mit den Trägern in den Stadtteilen
126 oder das Zurverfügungstellen von Mitteln aus dem Wirtschaftsressort für die
127 übergangsweise Finanzierung von sozialen Projekten.

128 Politik findet immer unter äußeren Rahmenbedingungen statt. Das darf nicht zu
129 politischer Ambitionslosigkeit führen. Bremen und Bremerhaven stehen vor großen
130 Herausforderungen: Soziale Spaltung, zunehmende Prekarisierung,
131 Transformationsdruck, Bildungsgerechtigkeit, Klimaanpassung und die wirtschaftliche
132 Lage müssen angegangen werden, damit sich beide Städte nach vorne entwickeln
133 können.

134 In diesem Umfeld ist und bleibt unser Anspruch, Politik zu machen, die für die
135 Menschen in Bremen und Bremerhaven einen realen Unterschied macht.

136 Wir wollen...

- 137 • eine zwischen Koalitionsfraktionen und Senat entwickelte Roadmap, welche
138 Projekte bis zum Ende der Legislaturperiode prioritär abgeschlossen werden
139 sollen.
- 140 • aus Bremen stärker bundespolitisch wirken und im Bundesrat einen AfD-
141 Verbotsantrag mit voranbringen. Außerdem wird durch das wiedergewonnene
142 Bundestagsmandat auch die Verzahnung mit bundespolitischen Entwicklungen und
143 Vorhaben wieder gestärkt.
- 144 • eine Weichenstellung für die Zeit nach dem 2028 auslaufenden Bildungskonsens.
145 Aus unserer Sicht sind dabei vorrangig: Ein Entwicklungspfad zu einem
146 einheitlichen Schulsystem für alle, bei dem Differenzierung individuell
147 erfolgt und nicht über Schulformen („eine Schule für alle“); eine starke
148 Progression bei der Mittel- und Personalzuweisung zugunsten von Schulen mit
149 höheren Herausforderungen; Annäherung ans Stadtstaatenniveau bei den Ausgaben
150 pro Schüler*in binnen 4 Jahren.
- 151 • einen Haushaltsentwurf, der die Drogenhilfe und die von den Fraktionen
152 nachgesteuerten Mittel verstetigt, die notwendigen Investitionsbedarfe
153 absichert (einschließlich Hafen-Sanierung und Geno-Restrukturierung) und
154 belastbar kalkuliert ist. Die zusätzlichen Spielräume durch die
155 Verschuldungsregel und das Sondervermögen des Bundes müssen genutzt werden.
156 Dabei dürfen zusätzliche Ressourcen nicht nur in „Straßen, Brücken und Beton“
157 fließen, sondern müssen auch für Kinder, Soziales, Arbeitsförderung, Frauen,
158 Stadtteilgesundheit, Inklusion und Aufnahme von Geflüchteten bereitgestellt
159 werden. Das Wegbrechen sozial substanzieller Infrastruktur muss verhindert
160 werden.

- 161 • dass das Bekenntnis, dass Bremen ein weltoffenes Bundesland ist, mit Leben
162 gefüllt wird. Wir erwarten Ergebnisse bei der Umsetzung von
163 Antidiskriminierungsstrukturen wie der LADS und die Ausschöpfung der
164 verbliebenen Ermessensspielräume im Sinne der Geflüchteten in der
165 Behördenpraxis in den Migrationsämtern Bremen und Bremerhaven.
166 (Ketten)Abschiebungen nach Syrien oder Afghanistan lehnen wir ab.
- 167 • die Weiterentwicklung der integrierten Drogenhilfe-Strategie und der Istanbul-
168 Strategie gegen häusliche Gewalt, Verständigung auf eine gemeinsame,
169 integrierte Sicherheits-Strategie. Verdrängung und Symbolpolitik sind keine
170 Lösungen, wir brauchen nachhaltige Hilfsangebote, die wirklich helfen.
- 171 • die Intensivierung der Klimaschutz- und Klimaanpassungspolitik, insbesondere
172 was den Ausbau der erneuerbaren Strom- und Wärmeerzeugung, den Erhalt und die
173 Entwicklung der Grün- und Gewässerflächen in Bremen und Bremerhaven, wie auch
174 die Ausweitung und Modernisierung des Radverkehrsnetzes und die Umsetzung des
175 Hitzeaktionsplans angeht.
- 176 • eine Wirtschaftsstrategie, die nicht nur die bestehenden Industrien und
177 Arbeitsplätze sichert und dekarbonisiert, sondern auch soziale Innovation und
178 neue Zukunftstechnologien fördert. Die Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze von
179 morgen werden im Zusammenspiel von Kreativwirtschaft, Robotik, Social
180 Entrepreneurship, alternativen Wirtschaftsformen, New Work und einer
181 gesellschaftlich verantwortlich regulierten KI entstehen. Diese Vision wollen
182 wir stärker sichtbar machen.
- 183 Darüber hinaus wollen wir das Hauptaugenmerk unserer landespolitischen Arbeit in
184 den kommenden zwei Jahren auf eine spürbare Verbesserung der unmittelbaren
185 Wohnsituation ausrichten. Denn:
- 186 **Unser Zuhause muss bezahlbar sein!**
- 187 Die Nachfrage des Nebenkosten-Checks und der Mietwucher-App der Linken im Wahlkampf
188 hat gezeigt, was auch Untersuchungen wie die Wohnarmutsstudie des Paritätischen
189 Wohlfahrtsverbands deutlich machen: Hohe Kosten beim Wohnen sind eine enorme
190 Belastung für viele Menschen. Und das ist keine Überraschung, denn freier Markt und
191 Wettbewerb dienen nicht dem Wohl der Mehrheit der Menschen in Bremen und
192 Bremerhaven. Ganz im Gegenteil: Allein in den letzten fünf Jahren sind die
193 Quadratmeterpreise bei Neuvermietungen in Bremen um knapp 40 Prozent gestiegen.
194 Damit steigern Mieter*innen die Profite derjenigen, denen der Wohnraum gehört.
195 Bezahlbares Wohnen wollen wir nicht isoliert betrachten – auch die rasant
196 steigenden Nebenkosten, teils durch systematische Abzocke, verschärfen die
197 Wohnkrise.
- 198 Verfallende Problemimmobilien zwingen viele Mieter*innen in unwürdige
199 Lebensverhältnisse und zeigen das Versagen bei der Instandhaltung und Kontrolle von
200 Wohnraum. Wenn das Grundbedürfnis nach Wohnraum ausgenutzt wird, um Renditen zu
201 steigern, erleben wir Verdrängung und schließlich den Verlust des Einflusses
202 darüber, wie Wohnraum und Nachbarschaften gestaltet werden sollen. Und auch
203 Rassismus auf dem Wohnungsmarkt führt dazu, dass Betroffene besonders häufig

204 benachteiligt oder betrogen werden und deutlich schlechteren Zugang zu angemessenem
205 Wohnraum haben. Holen wir uns die Stadt zurück! Denn wir wollen eine Stadt, in der
206 nicht die Logik der grenzenlosen Profitmaximierung, sondern die Bedürfnisse der
207 Menschen im Mittelpunkt stehen. Der Kampf gegen explodierende Mieten und
208 Verdrängung, der Aufbau einer gemeinnützigen Wohnungswirtschaft und die
209 Vergesellschaftung essentieller Bereiche werden daher Schwerpunkte unserer
210 politischen Arbeit in Bremen und Bremerhaven sein. Dabei nehmen wir auch Bereiche
211 der Daseinsvorsorge wie Müllabfuhr, Energie- und Wasserversorgung in den Blick:
212 Holen wir sie zurück unter demokratische Kontrolle, stoppen wir auch die rasante
213 Steigerung der Nebenkosten. So bringen wir noch 2025 eine Wohnkampagne auf den Weg.
214 Wir laden unsere Verbündeten zu einem Landespolitischen Ratschlag ein, um geeignete
215 Maßnahmen zu diskutieren. Wir gehen an die Haustüren und treten gezielt in den
216 Austausch mit Mieter*innen. Wir wollen hören, wo die Probleme der Menschen sind und
217 konkrete Hilfe anbieten. Wir organisieren Stadtteilversammlungen und bringen
218 Politik dorthin, wo sie hingehört: in die Quartiere. Dort, wo wir feststellen, dass
219 Vermieter*innen menschenunwürdige Wohnbedingungen zulassen, fordern wir ihre
220 Enteignung zum realen (Schrott-)Wert und die Vergesellschaftung des Wohnraums ein.
221 Damit dies möglich ist, bringen wir in der Bürgerschaft einen Antrag für die
222 Schärfung des Landesenteignungsgesetzes ein. Langfristig setzen wir uns für die
223 Vergesellschaftung größerer Wohnbestände ein. Unsere Wohnkampagne kann dabei eine
224 Grundlage für die Mobilisierung für einen Volksentscheid sein.

225 Darüber hinaus wollen wir:

- 226 • ein Maßnahmenpaket für die Beschaffung von bezahlbarem Wohnraum ausarbeiten.
227 Dabei denken wir an mehr öffentliches Bauen und Sanieren, die Enteignung
228 langjähriger Baulücken sowie die Einrichtung einer öffentlichen Stelle zur
229 Überprüfung der Mietpreisangemessenheit nach Frankfurter Vorbild.
- 230 • dass Mietwohnungen nicht mehr als Ferienwohnungen angeboten werden dürfen. Für
231 nichtkommerziellen Wohnungstausch von privat zu privat wollen wir eine Fair
232 B'n'B Alternative zu profitorientierten Anbietern wie AirBnB schaffen.
- 233 • zeitnahe Entscheidungen zur Rekommunalisierung in den Bereichen Müllabfuhr und
234 Abwasser sowie zum Aufbau bzw. zur Ausstattung öffentlicher Gesellschaften in
235 strategischen Investitionsbereichen herbeiführen. So begrenzen wir die
236 Steigerung von Gebühren und damit von Nebenkosten.
- 237 • die Schaffung einer Gesellschaft für Gemeinschaftswohnen, die gezielt Wohnraum
238 für Geflüchtete und Wohnungsnotfälle schafft oder anmietet. Das ist
239 sozialpolitisch und finanzpolitisch die richtige Herangehensweise.

240 **Wir wachsen. Wir mobilisieren. Wir wollen mehr!**

241 Wir haben im Land Bremen gegen alle Erwartungen und Widrigkeiten noch nie ein
242 besseres Bundestagsergebnis erkämpft wie in diesem Wahlkampf (bundesweit das
243 drittbeste Ergebnis unter den Landesverbänden) und mit Doris Achelwilm wieder eine
244 Bremer Vertreterin in Berlin, die unsere Anliegen in Bundestag und
245 Bundestagsfraktion tragen und unsere Kapazitäten erweitern wird.

246 Während des Bundestagswahlkampfes ist die Linke stark gewachsen. Auch im
247 Landesverband Bremen hat sich in den letzten Monaten unsere Mitgliederzahl mehr als
248 verdoppelt. Wir erleben eine neue Energie, die uns spürbar vorantreibt: Initiativen
249 wie Die Linke hilft, oder Die Linke vor Ort, ein gestärkter Kreisverband in
250 Bremerhaven, ein wiederbelebter Ortsverband in Bremen Nord, eine frische
251 Basisgruppe West, neue Arbeitsgemeinschaften, eine großartige Mobilisierung zum 1.
252 Mai, eine Rote Frühlingsakademie, all das zeigt, dass durch unsere Neumitglieder
253 frischer Wind in unseren Landesverband kommt und die Linke in Bremen und
254 Bremerhaven Fahrt aufnimmt.

255 Dieses Moment gilt es jetzt, zwei Jahre vor der nächsten Bürgerschaftswahl zu
256 nutzen, zu verstetigen, gar auszubauen!

257 Denn: Wir wollen mehr! Mehr Zuhören, was die Menschen, für die wir Verbesserungen
258 wollen, umtreibt. Mehr Klarheit, was linke Politik den Menschen bringt, denen wir
259 in unseren Stadtteilen, Nachbarschaften, Betrieben und bei unseren Aktivitäten
260 begegnen. Mehr Überzeugung, dass unsere Politik dem Kapitalismus die Stirn bietet
261 und sich schützend vor die Menschen und unsere Demokratie stellt. Und schließlich:
262 mehr betriebliche Verankerung, konkrete Sichtbarkeit, Stadtteil-Beiräte,
263 Stadtverordnete und Bürgerschaftsabgeordnete, um linke Politik in Bremen und
264 Bremerhaven aktiv durchzusetzen.

265 Dazu wollen wir...

- 266 • unseren Mitgliedern vielfältige Angebote zu politischer Bildung machen,
- 267 • die Vernetzung zwischen Kreisverbänden, Basisgruppen, Beiräten, Fraktion,
268 Senatorinnen und unserer Bundestagsabgeordneten verstärken,
- 269 • die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen unseren fachpolitischen
270 Landesarbeitsgemeinschaften fördern,
- 271 • zielgruppenorientiert Veranstaltungen und Aktionen auf die Beine stellen,
- 272 • aktiv Stadtteilarbeit aufbauen und forcieren
- 273 • unsere betriebliche Verankerung für die anstehenden sozialen Kämpfe ausbauen,
- 274 • unseren Landesverband entsprechend unserer feministischen Ansprüchen
275 weiterentwickeln. Wir wollen Frauen und Queers stärken und Räume schaffen, die
276 zugänglich und diskriminierungsfrei bzw. -sensibel sind.
- 277 • unsere Strukturen auf ihre Aktualität überprüfen und ggf. Satzungsänderungen
278 auf den Weg bringen.
- 279 • Mitglieder auf ihrem Weg in und durch die Partei und ihre Strukturen
280 unterstützen, motivieren und fortbilden, um Funktionen in der Partei zu
281 übernehmen, sodass wir 2027 gut aufgestellt in die Wahlen für die
282 Stadtteilbeiräte, die Bremische Bürgerschaft und die Bremerhavener
283 Stadtverordnetenversammlung gehen.

284 **Noch zwei Jahre bis zur Bürgerschaftswahl 2027! Wir sind bereit! Wir wollen mehr!**

Begründung

Leitantrag des Landesvorstandes